

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 22. Februar 1888.

Nr. 90.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat März für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pfg., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

42. Plenarsitzung vom 21. Februar.

Präsident v. Bötticher-Siedorf eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Bötticher, Bronsart von Schellendorf.

Tagesordnung:

Der Ernährungs-Etat für 1888-89 für Zwecke des Reichsheeres wird debattirt in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt sodann die zweite Verathung des Etats, beim Etat der Post-Verwaltung aufgenommen.

Die Forderung von 100,000 Mark zur Herstellung eines Dienstgebäudes in Zankerburg wird entgegen dem Antrage der Kommission bewilligt.

Die Position Dienstgebäude in Wurgun 1. Rate 76,500 Mark beantragt die Kommission zu freieren.

Abg. Adermann (Deutschlons.) beantragt die Bewilligung dieser Position.

Nach kurzer Diskussion wird dieser Antrag abgelehnt und die Position gestrichen.

Der Rest der Ausgaben wird nach den Kommissions-Anträgen erledigt.

Bei den Einnahmen bemängelt der Abg. Schulz-Lupitz (deutsche Reichspartei) die hohen Bestellgebühren für Postsendungen und das Botenwesen auf dem Lande, erkennt aber im Uebrigen die großen Verdienste der Postverwaltungen in Bezug auf den Landpostdienst an.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt, daß er es nicht für angebracht erachte, den Botenlohn für Telegramme obligatorisch vom Absender zu erheben. Der Staatssekretär verbreitet sich dann über die Entwicklung der Frage, wie dieser Botenlohn überhaupt zu normiren sei. Bei dem jetzigen Satze von 80 Pfg. sei die Post niemals zu Schaden gekommen, und es sei erwägenswerth, ob dieser Satz nicht auf 60 Pfg. herabgesetzt werden könne. Auch der Botenlohn von 30 Pfg. für die Paketbestellung auf dem Lande erkennt er als theuer an und hofft, daß mit der Annahme des Postverkehrs eine Ermäßigung desselben möglich sein werde.

Dr. Egg, Gassefeld und Wörmann bringen die Frage der Beförderung durch die englische Post zur Sprache, der letztere wünscht die Post über Calais Dover geleitet zu sehen.

Der Staatssekretär sprach sich indessen gegen den Vorschlag aus.

Der Etat der Postverwaltung ist damit in zweiter Lesung erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird debattirt und genehmigt.

Es folgt die Verathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Dazu beantragen die Abgg. v. Wedell-Machow und Dr. v. Frege:

1) Die Regierung zu ersuchen, über die Wirksamkeit und Kongruenz der Zölle auf Deutsche und Deutsche eine eingehende Untersuchung dahin einzutreten zu lassen, ob eine Erhöhung resp. Abänderung der Zollsätze nicht geboten erscheine; 2) dem Reichstage vom dem Ergebnis dieser Untersuchung Mittheilung zu machen.

Abg. v. Wedell-Machow als Antragsteller führt aus, daß die Vorlage wegen der Erhöhung der Getreidezölle den Zoll auf Raps ebenfalls habe erhöhen wollen, allein man habe den Vorschlag abgelehnt; der Antrag sei bestimmt, die Frage in Fluß zu erhalten, einmal ob der Zoll auf Raps zu erhöhen sei, dann aber auch, ob nicht gewisse bisher zollfrei gebliebene Delikatessen, wie Obst, Baumwollensamen, Ricinusamen, den Zölle unterworfen werden müßten. Vielleicht müßten auch die Delikatessen einem Zölle

unterworfen werden. Namentlich bedenklich seien aber die Verschiedenheiten in der Tarification von Del; so sei z. B. das Baumwollensamenöl mit 4 Mark, Palm- und Kokosnussöl nur mit 2 Mark Zoll belastet, während sie viel höher belastet werden müßten. Die Einfuhr des Oleomargarin hat sich in den letzten 3 Jahren so gesteigert, daß wohl eine Zollerhöhung zum Schutz der Naturbutter notwendig erscheint, und zwar bis zur Höhe des Zolles für Butter; denn es läßt sich wohl nicht unterscheiden, ob die eingeführte Waare Oleomargarin oder künstliche Butter ist. Auch die Zollerhöhung für mineralische Schmieröle, die Konkurrenten des Rübens, wäre sehr wohl angebracht. An diesen Zöllen haben nicht nur die Landwirthe, sondern auch die Industriellen ein Interesse; denn z. B. die Kunstbutterfabrikation kann sich nur freuen, wenn ihr schlechte Materialien vom Hofe gehalten werden.

Es entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich besonders Direktor im Reichsschatzamt Nischborn, Staatssekretär v. Bötticher und die Abgeordneten Strudmann, Barth, Brömel, Ridert und Beunigen betheiligen. Schließlich wird der Titel „Zölle“ genehmigt.

Ueber die Resolution wird in dritter Lesung abgestimmt werden.

Es folgt der Titel: Tabaksteuer.

Abg. Scipio bittet die Zollverwaltung, dahin zu wirken, daß die Tabakrippen nach erfolgter Denaturierung steuerfrei als Düngemittel verwendet werden können.

Direktor Nischborn sagt eine Erwägung dieser Frage zu; sie sei noch von keiner Seite an die Behörden gebracht worden.

Abg. v. Christen (deutsche Reichspartei) bittet um einige Änderungen des Tabaksteuergesetzes namentlich in der Richtung, daß den kleinen Tabakbauern die Tragung der Steuerlast erleichtert werde.

Abg. Bödel (Antisemit) tritt diesem Wunsche bei; für die kleinen Bauern sei der Tabakbau kaum noch lohnend angesichts der hohen Produktionskosten und der niedrigen Tabakpreise; die Leute arbeiteten sogar meist mit Verlust und müßten ihre Grundstücke verlassen, wenn ihnen nicht geholfen werden könne. Wenn die Auswanderung in diesen Kreisen erst anfängt, wird sie sich nicht mehr aufhalten lassen. Ridert verweist speziell auf die Verhältnisse einer Gemeinde im Kreise Randow; die Verhältnisse scheinen aber nach einer Petition aus Schlesien überall dieselben zu sein. Die Preise sind gedrückt in Folge des großen Imports und in Folge der Monopolisirungen des Tabakhandels in den Händen der Juden. (Große Unruhe.)

Präsident v. Wedell: Der Reichstag wird nicht gewillt sein, bei dieser Gelegenheit die Infrage zu erörtern; ich bitte den Redner, sich an den Tabakbau und die Tabaksteuer zu halten. (Beifall.)

Abg. Bödel glaubt, daß die jetzigen Verhältnisse des Handels die Tabakbauern schädigen und schließlich zur Auswanderung zwingen.

Die Tabaksteuer wird genehmigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Anträge Mundel, Rintelen, Reichensperger u. s. w. betreffend Entschädigung für unschuldig erlittene Haft, Wiedereinführung der Berufung u. s. w.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 21. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Maybach und zahlreiche Kommissarien.

Eingegangen ist 1) der 39. Bericht der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre 1886 bis 87; 2) ein Gesetzentwurf betr. die Uebertragung postleitender Befugnisse in den Kreisen Telow und Niederbarum sowie im Stadtkreise Charlottenburg an den Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Der Abg. Schneider (Zülthau) ist gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Tagesordnung:

Zunächst erste Verathung des Gesetzentwurfs betr. die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinsen für Rechnung des Staates und sonstige Bauausführungen und Beschaffungen zur Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes, sowie die Betheiligung des Staates an den Baukosten einer Eisenbahn von Sigmaringen (Inzigkofen) nach Tübingen.

Abg. v. Ende vort wünscht den Bau der Bahnen Stettin Uckermark und Berlin Ostsee.

Abg. Jordan macht auf das in der Vorlage enthaltene Projekt Mayen-Gerolstein aufmerksam, welches dem mittleren und südlichen Theile der Rheinprovinz, der fast ganz gebirgig sei, zu Gute komme.

Abg. Jürgensen empfiehlt eine Bahn im Kreise Eiderstedt von Lönning nach Gading.

Graf Solms empfiehlt eine Fortsetzung der Bahn Barth Wolgast über Rügenburg-Franzburg nach Stralsund.

Minister Maybach erwiderte, er hätte auch gewünscht, die Vorlage noch mehr auszufüllen zu sehen. Es werde sich das ja später ermöglichen lassen, wenn Deutschland den Frieden, den es so sehr wünscht, behält. Der Minister hob hervor, daß Deutschland jetzt ein Eisenbahnnetz besitze, wie kaum ein anderer Großstaat, und gab dann eine Uebersicht über die auf Staatsrechnung für die bisher bewilligten Mittel ausgeführten Reliorationen. Die Ueberschüsse der Eisenbahnen hätten dabei eine ihrem Zwecke entsprechende Verwendung gefunden. Die Vorlage empfehle er einer wohlwollenden Prüfung in der Kommission.

In Folge einer Bemerkung des Abgeordneten A. A. (nat.-lib.), der die für die Vermehrung der Betriebsmittel ausgeworfenen acht Millionen gegenüber dem gesteigerten Verkehr für zu gering erklärte, ergriff der Minister später noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß diese acht Millionen nur für Neuanschaffung von Personenwagen bestimmt seien, daß aber daneben noch weitere 9 Millionen für die Vermehrung der Betriebsmittel in der Vorlage enthalten sind. Mit diesen insgesamt 17 Millionen und den sonst noch zur Verfügung stehenden Fonds sei die Verwaltung überzeugt, allen Anforderungen des Verkehrs gerecht werden zu können.

Die Entwicklung, welche die Debatte durch das bloße Vorbringen von „Lokalbeschwerden“ angenommen hatte, wurde schließlich von dem Abg. Ridert bemängelt, weil ein derartiger Verlauf einer Generaldebatte das Ansehen des Parlamentes schädigen würde; die Abgeordneten kritisirten nicht mehr die Forderungen der Regierung, sondern bedankten sich dafür oder brachten weiter gehende Wünsche vor.

Der nationalliberale Abg. von Eynern verbat sich eine solche Kritik.

Graf Limburg-Stirum trat gleichfalls dem freisinnigen Redner entgegen.

Abg. Biesenbach hält es für das heiligste Recht des Volksvertreters, bei solcher Gelegenheit die Wünsche des Landes mit Manneswuth zu vertreten. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Gerlich ist nicht damit einverstanden, daß es das heiligste Recht des Abgeordneten sei, der Regierung Opposition zu machen. Herr Ridert ärgert sich einfach über die guten Ergebnisse der Eisenbahnverstaatlichung.

Abg. v. Eynern: Herr Ridert hat auch jetzt noch ausgiebig Zeit, hier seine schmalhüftigen Ideen vorzutragen. (Heiterkeit.)

Abg. Ridert: Es fällt mir nicht ein, das Vorbringen von Spezialwünschen hier beschränken zu wollen, aber ich bleibe dabei, daß eine wirkliche Generaldebatte gar nicht stattgefunden hat.

Abg. Behr: Herr Ridert hat auch gar nichts Sachliches vorgebracht. Uebrigens ist es durchaus konstitutionell, der Regierung Wünsche vorzutragen.

Abg. Meyer (Breslau): Nach der Geschäftsordnung hat sich die erste Lesung auf eine allgemeine Diskussion über die Grundsätze des Entwurfes zu beschränken. Vielleicht werden Sie für die Zukunft die Geschäftsordnung so ändern, daß für solche Fälle eine Diskussionsfrist angesetzt wird. (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Schluß 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Eisenbahnat.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Verordnung, betr. den Einlaß der Wittwen- und Waisen-Geldbeiträge der Reichsbankbeamten zugegangen, welcher, wie folgt, begründet wird:

„Wie das Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Zivilverwaltung, vom 20. April 1881, so bezieht sich auch der vom Bundesrath und in zweiter Verathung vom Reichstag bereits genehmigte Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Einlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge etc., wonach die Wittwen- und Waisengeldbeiträge vom 1. April d. J. ab fortfallen sollen, nicht unmittelbar auf die Beamten der Reichsbank, weil diese gemäß § 28 Absatz 2 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 ihre Bezeichnungen, Pensionen und sonstigen Dienstbezüge nicht aus der Reichskasse, sondern aus Bankfonds empfangen. Die gleichen Gründe, welche zu der entsprechenden Ausdehnung des Gesetzes vom 20. April 1881 auf die Reichsbankbeamten durch die Verordnung vom 8. Juni 1881 geführt haben, sprechen aber dafür, auch die Anwendung des zu erwartenden Gesetzes auf diese Beamten zu sichern, welche nach § 28 Absatz 1 des Bankgesetzes die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten haben. Sachlich ist für die Hienach zu erlassende kaiserliche Verordnung nur die Maßgabe erforderlich, daß an Stelle der Reichskasse die Kasse der Reichsbank tritt. Der Zentralausschuß der Reichsbankantwärtiger hat sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Es empfiehlt sich jedoch noch durch eine ausdrückliche Bestimmung außer Zweifel zu stellen, daß zu dem zufolge der Verordnung vom 8. Juni 1881 gebildeten besonderen Fonds auch diejenigen Beträge fließen, welche von den gemäß Artikel 2 § 1 des oben erwähnten Gesetzes ihre Bezüge auf Wittwen- und Waisengeld wohnenden Beamten nach § 2 Absatz 2 noch zu entrichten sind, und daß dieser Fonds bis zu seiner Erschöpfung bestimmungsgemäß zur Zahlung der laufenden Wittwen- und Waisengelder zu verwenden ist.“

Durch den Abg. Hansen und Genossen ist dem Abgeordnetenhaus folgender Antrag eingebracht worden: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens in der nächsten Session dem Landtage der Monarchie den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches der Stempel für Veräußerungsverträge, sowie Pacht- und Mietheverträge über Immobilien wesentlich ermäßigt, bei letzteren auch im Falle stipulirter mehrjähriger Vertragsdauer eine Zahlung des Stempels in Raten ermöglicht, und wodurch ferner der Stempel für Verträge zwecks Uebertragung eines Pacht- oder Mietheverhältnisses auf einen Dritten auf 1,50 Mark bestimmt wird.

Während der Debatten über das akademische Vereinsgesetz hat die Regierungsmehrheit im österreichischen Abgeordnetenhaus den Unterrichtsminister v. Gautsch, welcher von radikaler Seite aufs heftigste angegriffen wurde, völlig im Stich gelassen. Er mußte die Angriffe über sich ergehen lassen oder sich selbst verteidigen. Die Wiener offizielle Presse rügt dieses Verhalten der Mehrheit sehr scharf. Erzielt wird damit freilich nichts werden, denn das Kabinett bedarf der Mehrheit gerade so wie diese des Kabinetts; Herr v. Gautsch ist den Slaven viel zu unparteiisch, und die Versuche derselben, ihn zu kürzen, werden nicht aufgehen.

Der französische Ministerrath prüfte heute Morgen die Frage der geheimen Fonds und beschloß, eine Reduzierung des vom Minister des Innern verlangten Kredits von 1,600,000 Franken seitens der Kammer nicht zuzulassen. Die Kabinettsfrage wird also gestellt werden.

Strasburg i. E., 20. Februar. Der „Schles. Ztg.“ wird geschrieben: Die Zahl der jungen Elsaß-Lothringern, welche sich der Militärpflicht im deutschen Heere zu entziehen suchen, ist, wie aus den wegen unbeschäftigter Auswanderung von Zeit zu Zeit von den Gerichten ausgesprochenen Ver-

San Remo, 21. Februar, 6 Uhr 45 Min.
Nachm. Der Kronprinz befand sich heute seit
10 $\frac{1}{2}$ Uhr außerhalb des Bettes. Das Allge-
meinbefinden und der Appetit sind gut; die Ath-
mung ist freier, offenbar verursacht durch den
anerkannterlei beschleunigten geschwüpigen Gefäß der
rechtseitigen Kehlkopfgeschwulst. Hiervon kommt
die bräunliche Färbung des Auswurfes und
die Spuren der Blutbeimengung, welche letz-
teren, wie gemeldet, zweifellos nicht von dem
Reiz, welchen die Kanüle verursacht, kommen
können.

Helde machte die Komtesse sicher keinen Schritt, den sie nicht sonst beabsichtigte; und dann meinte ich auch, daß sie solche Vorwände und Umschweife verschmähen würde.“ sagte er hinzu, als ob es ihm widerstrebe, ihr in ihrer Abwesenheit Unrecht

"Ich hatte ja auch Sie ro tin vom dort gesehen" — sagte sie halb schmolend, halb zärtlich hinzu, "aber . . . Aber ich fühle mich oft hier recht einsam und verlassen; ich werde hier ja doch nur geduldet und sehne mich bisweilen so

Stellensuchende jeden Berufs plach
schnell **Reuter's Bureau** in Dresden, Akt
hausstraße 25.